

28. Juni 2016, 18:52 Bauvorhaben in Ungarn

Orbán baut sich ein eigenes Budapest

Der ungarische Premier lässt ein Museumsquartier und ein Regierungsviertel mit Palast im Stil des vorletzten Jahrhunderts bauen. Budapest könnte zu einer riesigen Baustelle werden.

Von Cathrin Kahlweit

Von der Burg hat man einen sensationellen Blick auf die Stadt: über Treppen und Villen auf der Budaer Seite, die sich hinaufziehen bis zur Fischerbastei und zur einstigen Residenz der Habsburger, über die glitzernde Donau - und, jenseits des Flusses, auf das gigantische, neugotische Parlament. Dahinter breitet sich Pest aus, ein Flickenteppich aus Jugendstilhäusern, Hotels, Einkaufsstraßen, Schienen, Türmen, Fabriken. Wenn man genau hinschaut, sieht man in der Verlängerung der prunkvollen Andrassy-Straße auch den Park Városliget, eine der wenigen grünen Lungen der Stadt.

Burgviertel und Park sind nun durch einen Masterplan der Regierung virtuell miteinander verknüpft, den diese als historische und kulturpolitische Großtat preist: Das beliebte Burgviertel soll durch umfangreiche, auf mindestens 15 Jahre ausgelegte Umbau- und Restaurierungsarbeiten in den Zustand zurückversetzt werden, in dem es sich zwischen 1867 und 1944 befand, also nach dem Ausgleich zwischen Ungarn und Österreich und vor dem Einmarsch der Deutschen. Und es soll Regierungsviertel werden, samt Ministerpräsidentensitz und einigen Ministerien mit Tausenden Beamten.

Gleichzeitig wird Zug um Zug ein neues Museumsviertel errichtet. Am Rande des Liget, wie die Budapester ihr 200 Jahre altes Stadtwäldchen nennen, und teilweise auch im Park selbst, werden neue Ausstellungshallen errichtet - darunter eine Nationalgalerie und ein ethnografisches Museum. Gebäude aus der Zeit der Weltausstellung 1896 werden rekonstruiert.

Die historische Burganlage gehört, wie das gesamte romantische Viertel in Buda, zum Unesco-Weltkulturerbe. Sie ist auf den Ruinen einer mittelalterlichen Königsburg errichtet, war aber von den Monarchen aus Wien nur spärlich genutzt worden. In der Zwischenkriegszeit regierte dort oben Reichsverweser Miklós Horthy,

den die nationalkonservative Regierung wieder sehr in Ehren hält. Für den Rück-, Um- und Nachbau im Burgviertel müssen nun eine ganze Reihe von Museen und Instituten aus dem Areal nach Pest verlegt werden, darunter die Nationalgalerie und einige akademische Institute.

Der Palast soll angepasst werden an den Stil der vorletzten Jahrhundertwende

Die ersten Bäume im Park sind schon gefällt, die ersten Baupläne angebracht. Und auch auf der Burg wird bereits seit Längerem kräftig ausgeschachtet, gebaut, renoviert: Nach Originalplänen des Architekten Alajos Hauszmann, die 1905 vollendet wurden, soll jetzt der "nationale Hauszmann-Plan" umgesetzt werden. Der für den Burgumbau zuständige Staatssekretär, László L. Simon, schwärmt: Während des Zweiten Weltkrieges seien große Teile der historischen Anlage zerstört und vor allem "wegen ideologischer Bedenken" der Kommunisten nicht nach alten Vorbildern wiedererrichtet worden. Viele der Nachkriegsbauten seien "nicht optimal", da seien Bausünden zu korrigieren, offene Wunden müssten geschlossen werden. Es gebe, so der rundum begeisterte Politiker, für alles noch genaue Pläne und Fotos, jedes Detail könne man nachvollziehen.

Und das wird nun auch getan. L. Simon zeigt eine Powerpoint-Show, vorher - nachher: der Palast wieder äußerlich angepasst an den Stil der vorletzten Jahrhundertwende, Fotos zerstörter und nun neu zu errichtender Gebäude wie die Reithalle, Leibgardensitz, eine Prachtstiege. Im Palast sollen Thronraum und Speisesaal wiederhergestellt, die Kuppel soll an ihren früheren Platz versetzt werden: Alles wie früher - nur nicht mehr da, noch nicht wieder da. "Das spricht doch für sich, oder?", ruft L. Simon in seinem modernen Büro und kann nicht nachvollziehen, dass es anderen an Begeisterung mangelt: Wenn man den Zustand von vor hundert Jahren wiederherstellen kann, warum sollte man das dann nicht tun? Die Regierung jedenfalls bezeichnet mit Blick auf ihr aktuelles Lieblingsprojekt "Schutz, Erhaltung und würdige Präsentation als herausgehobene Aufgabe, in deren Interesse eine umfassende Rekonstruktion des Palaisviertels und der Bürgerstadt" erforderlich sei.

Eigentlich hatte Orbán schon in diesem Jahr in ein ehemaliges Karmeliterkloster einziehen wollen, das derzeit zum Ministerpräsidentenamts umgerüstet wird. Doch der Zeitplan verzögert sich. Spätestens 2017 soll es nun so weit sein. An dem einstigen Kloster hängt nun eine Bautafel mit ehrfurchtsvollem Text: "Die gegenwärtigen Bauarbeiten zielen darauf ab, dem Gebäude die Funktion zu geben, die es aufgrund seiner speziellen Lage verdient hat. Es wird das Amt des ungarischen Ministerpräsidenten beherbergen." L. Simon, Orbáns Burg-Beauftragter, erklärt, nun werde endlich und endgültig die Gewaltenteilung auch sinnbildlich vollzogen.

Derzeit regiert der ehrgeizige Ministerpräsident noch in einem Südflügel des Parlaments. Aber schon während seiner ersten Amtszeit von 1998 bis 2002 hatte er eine Verlegung des Amtssitzes in das Sándor-Palais geplant, das oben auf der Burg neben dem Kloster steht. Weil Orbán damals nicht wiedergewählt wurde, wurde daraus nichts. Die damaligen Wahlsieger, die Sozialisten, machten aus dem Sándor-Palais stattdessen den Präsidentensitz.

Orbán wird seither gern mit dem programmatischen Satz zitiert: "Wir werden die Burg zurückerobern." Von wem oder für wen da zurückerobert werden muss - von den Touristen, von der eher funktionalistischen Nachkriegsarchitektur der verhassten KP oder aber vor dem Vergessen und für die Nation - darüber ist in der Hauptstadt mittlerweile ein veritabler Glaubenskrieg ausgebrochen. Samt offenen Briefen, Demonstrationen, Unterschriftensammlungen. Befürworter und Gegner des Gigaprojekts streiten über Architektur und Ästhetik, aber auch über Macht und Geld.

Was der Umbau des Burgviertels in ein Prestigeprojekt der Exekutive und die historisierende Wiederherstellung alter Pracht etwa kosten soll, ist nicht so ganz klar. Von 600 Millionen Euro war schon die Rede gewesen, aber die Regierung hält sich bedeckt. Staatssekretär L. Simon sagt, es wäre unverantwortlich, bereits jetzt "ganz konkrete Zahlen zu nennen", denn die Pläne für die Verwirklichung seien ja noch gar nicht definitiv fertig. Die Machtfrage ist hingegen geklärt: Bei Baumaßnahmen von strategischer Bedeutung, und als solche sind Burg und Városliget eingestuft, darf der Staat auf langwierige Abwägungs- und Genehmigungsprozesse sowie auf Denkmalschutzaufgaben verzichten. Das ist gesetzlich so geregelt.

Für das Museumsquartier etwa hatte die Regierung den Park aus dem Eigentum eines Stadtbezirks an die Stadt - und dann an eine Projektgesellschaft übertragen. Die *Neue Züricher Zeitung* zitierte 2014 entsetzt aus einer Verordnung, die festlegte, dass "das langfristige Stadtentwicklungskonzept von Budapest bei der Ausarbeitung der Bausatzung für das Stadtwäldchen nicht beachtet werden" muss.

Auch für den Burgumbau hat sich die Regierung das alleinige Entscheidungsrecht gesichert, doch sie berief einen Expertenrat ein. Der hat jedoch nur beratende Funktion. Die Architektin Zsófia Csomay, eine der prominentesten Expertinnen in diesem doppelten Kampf, ist vor einigen Wochen demonstrativ von ihrer Beratungsfunktion in der "Hauszmann-Kommission" zurückgetreten, weil sie sich nicht als "Feigenblatt für eine nur scheinbar offene Debatte" hergeben will.

Sie findet grundsätzlich, vor so weitreichenden städtebaulichen Entscheidungen wie Burg und Liget hätte man Historiker, Denkmalschützer, Stadtplaner einbeziehen müssen. "Alles das ist nicht geschehen." Für Milliarden werde diese Stadt nun "kaputt

gemacht", so Csomay. Gegen die Burg-Pläne im Speziellen ist sie, weil "man etwas wiedererrichten möchte, was schon vor hundert Jahren anachronistisch war". Da werde eine "Operettenwelt errichtet". Auch Kunsthistoriker Pál Lövei, der mit seinem Institut an der Akademie der Wissenschaften demnächst ins Tal, nach Pest, ziehen muss, hat die Kommission verlassen, er ist empört: Die Rehistorisierung des Viertels sei eine "Musealisierung der Selbstwahrnehmung" durch die Orbán-Regierung. Kopien würden dabei einstige Größe vortäuschen, jeglicher Denkmalschutz werde außer Acht gelassen, ein im Prinzip gut funktionierendes Museumsviertel - das auf der Burg nämlich - zerstört.

Das neue Museumsviertel im Stadtpark, immerhin, soll eine Reihe moderner, teils spektakulärer Ausstellungshallen beherbergen, die von international renommierten Architekten entworfen wurden. So entsteht die Nationalgalerie nach Plänen der japanischen Architektengemeinschaft SANAA, beim Haus der Musik hat Sou Fujimoto den Wettbewerb gewonnen, das Ethnografische Museum baut das ungarische Büro Napur Architect. In diesen Fällen richten sich die Proteste weniger gegen die Architektur als gegen Eingriffe in die Parklandschaft - und das kompromisslose Vorgehen der Regierung.

Allerdings entstehen im Kampf um Budapest ungewohnte Allianzen. Der Kulturtheoretiker und Museumsfachmann Péter György von der ELTE-Universität etwa, sonst gewöhnlich auf der Seite der Regierungsgegner zu finden, kämpft für das Museumsviertel im Liget. In Ungarn, so György in einem Beitrag für die Zeitschrift *Élet és Irodalom* (Leben und Literatur), gebe es keinen Präzedenzfall dafür, dass "Kunst, Wissenschaft, Technik, Musik und Ethnografie in einem Raum" präsentiert würden. Dies könne "den Öffentlichkeitsbegriff von Kunst und Kultur radikal verändern". Aber: György ist trotzdem vehement gegen die "unzumutbaren Pläne für die Veränderung der königlichen Burg".

Die Regierung ist da schon viel weiter als alle Kritiker. Sie hat kürzlich ihre großen Pläne bei der Unesco eingereicht. Die Kommission für das Weltkulturerbe wird, so die Auskunft aus Paris, 2017 entscheiden - wenn die Projekte zum Teil schon umgesetzt und Budapest eine riesige Baustelle geworden ist.

URL: <http://www.sueddeutsche.de/kultur/bauvorhaben-in-ungarn-orbn-baut-sich-ein-eigenes-budapest-1.3055034>

Copyright: Süddeutsche Zeitung Digitale Medien GmbH / Süddeutsche Zeitung GmbH

Quelle: SZ vom 29.06.2016

Jegliche Veröffentlichung und nicht-private Nutzung exklusiv über Süddeutsche Zeitung Content. Bitte senden Sie Ihre Nutzungsanfrage an syndication@sueddeutsche.de.

